

Auf gute Nachbarschaft

Harrislee will keine Bauabfälle aus kerntechnischen Anlagen / Flensburg solidarisiert sich mit der Gemeinde

FLENSBURG Bereits 2016 wollte die Landesregierung in dem dänischen Grenzort Harrislee Bauabfälle, die beim Rückbau der AKWs anfallen würden, lagern. Der Grund: In dem Ort wäre eine von sieben geeigneten Deponien in Schleswig-Holstein, die für die Entsorgung von Bauabfällen in Frage kommt.

Nachdem es massivem Widerstand aus der Bevölkerung und der Politik gab, wurde es still um das Thema.

Vor einigen Wochen die Hiobsbotschaft: Das Ministerium in Kiel hält an Harrislee als geeignetem Standort für die Deponierung von radioaktiven Bauabfällen weiter fest.

Die Gemeinde ist nicht nur sauer, sondern macht sich auch Sorgen um die gute Nachbarschaft zum direkt angrenzenden Dänemark.

Die Gemeindevertretung in Harrislee wird eine Stellungnahme zum Thema „Rückbau von Kernkraftwerken“, zusammen mit einer Gesprächseinladung an den neuen Umweltminister Jan Philipp Albrecht nach Kiel senden. Darin bekräftigt der gerade wiedergewählte Bürgermeister Ellermann seine Aussage von vor zwei Jahren: Die Gemeinde und Deponiebetreiber lehnen die Lagerung derartiger Abfälle ab. Unterstützung bekommt



Keiner will ihn, aber irgendwo muss er bleiben: Bauschutt aus kerntechnischen Anlagen. FOTO: DPA

Harrislee von den Kommunen Handewitt und Apenrade.

Vor zwei Jahren verpasste die Stadt Flensburg die Chance, ein klares Zeichen der Solidarität in Richtung Harrislee zu senden. Bei der Ratsversammlung an vergangenen Donnerstag wurde dies nachgeholt. Grundlage war eine Resolution von fünf Ratsgruppen (LINKE, SPD, SSW, WiF und Flensburg Wählen!), die sich der Argumentation der Harrisleer Gemeinde anschließen wollten. Sie stimmen Ellermann zu, „dass die Risiken durch das schwach strahlende Material nicht hinreichend widerlegt werden könne. Mensch und Natur sollen daher diesen Risiken nicht ausgesetzt werden“, heißt es

in dem Schreiben. Helmut Trost von der SPD appelliert an seine Ratskollegen: „Lasst uns bitte nicht den gleichen Fehler von vor zwei Jahren wiederholen.“

Auch die Sorge um radioaktive Grenzwerte wurde zur Sprache gebracht. Ärzte würden vor den gesundheitlichen Risiken durch die geplante Entsorgung von radioaktivem AKW-Abrissmaterial auf konventionellen Deponien warnen.

Gabi Ritter (Linke) schlägt vor: „Lasst den Kram vor Ort, bis eine Lösung gefunden wurde!“

Pelle Hansen von den Grünen kritisiert seine Kollegen. Zwar stimmt er den Bedenken gegenüber den gesundheitlichen Risiken ein, ihm fehle

aber der Blick „über den Tellerand“. Er sieht in dem Schreiben keine gesamtgesellschaftliche Lösung.

Eine Stunde inklusive Sitzungunterbrechung später waren sich die Fraktionen einig: Flensburg steht hinter ihrer Harrislee.

Jetzt ist Kiel am Zug... *ing*

 **FÖRDELAND**

03. Oktober 2018

13.00 - 18.00 Uhr

Weitere Informationen
unter
www.foerdeland-theme.de
oder unter 04631.444 07-0.